

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für den Kantor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

**Insertenpreise:** Die 7gespaltene Kolonellszeile oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschritt 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellszeile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721, Schluß der Inseraten-Annahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

### Ein zurückgeschlagener Sturmangriff

Die Interpellationsdebatte in der französischen Kammer wurde gestern mit dem allgemein erwarteten Ergebnis, an dem auch die heftigsten Angriffe des früheren Finanzministers Klotz nichts mehr zu ändern vermochte, geschlossen: Der Angriff der Rechten gegen die von ihrem Standpunkt aus zu schwächste und nachgiebige Haltung Briands wurde zurückgeschlagen, die Kammer sprach mit übermächtiger Mehrheit der Politik des Ministerpräsidenten ihre Billigung aus. Die Bedeutung dieser Abstimmung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie besagt nichts weniger, als daß die herrschenden Klassen Frankreichs zur Befriedigung gekommen sind und eingesehen haben, daß sie ihre imperialistische Weltpolitik, die ganz Europa dem Untergang entgegenführen würde, gegen die wachsenden Widerstände von innen — von Seiten des Proletariats — und von außen — von Seiten der Verbündeten — nicht fortführen können.

Die französische Kammerdebatte hat vor aller Welt sichtbar zum Ausdruck gebracht, daß die französische Regierungspolitik das Steuer herumgedreht und einen neuen Kurs eingeschlagen hat. Die Bahn ist frei geworden für eine Lösung der oberhalbstehenden Frage, die nun alsbald in Boulogne verhandelt werden wird — und zwar nunmehr mit mehr Aussicht auf Erfolg, da Briand gestern in der Kammer Andeutungen gemacht hat, die auf einen Rückzug Frankreichs auch in der oberhalbstehenden Frage schließen lassen —, sie ist aber auch für die deutsche Regierung frei geworden, nunmehr vom Banne des Misstrauens, das allen bisherigen Regierungen von der Entente mit Recht entgegengebracht wurde, gelöst an die ehrliebe Erfüllung ihrer Verpflichtungen heranzutreten. Die erste schwere Belastungsprobe, die Aufgabe, der Resten in Bayern und im Reich ihren wichtigsten Stützpunkt, die Einwohnerwehren und Orgeschtruppen, zu entreißen, steht vor ihr. Nur wenn sie diese Probe besteht, wird der Weg zu einer Rüstung des Friedens frei werden. Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, mit aller Macht die Befolgung einer solchen Politik zu fordern, denn sie wird auch ihr die Bahn frei machen für ihren Kampf um die Umwälzung der Gesellschaftsordnung, die mit der Annahme des Londoner Ultimotums zur gebieterischen Notwendigkeit geworden ist.

### Der Schluß der Kammerdebatte.

Erwächtung Briands in der oberhalbstehenden Frage. — Vertrauensvotum für Briand.

Paris, 26. Mai. Die heutige Kammer Sitzung beginnt unter weitlich geringerer Teilnahme des Publikums als die vorhergehenden. In Fortsetzung der Interpellationsdebatte ergreift zuerst Abg. Loria das Wort: Die oberhalbstehende Frage berührt im höchsten Grade die Sicherheit Frankreichs und die Aufrechterhaltung seiner Allianz. Er persönlich habe keine Antipathie gegen den Reichsführer Dr. Brüning, aber dieser habe einige Mitarbeiter, die ihn beunruhigten. Die deutsche Regierung habe vielleicht die Absicht, Befriedigung zu suchen, aber habe sie auch die Macht dazu? Trotz des Schließens der oberhalbstehenden Grenze bestehe die Gefahr fort.

Ministerpräsident Briand spricht seine Meinung dahin aus, daß die Militärs, die in Oberhalbstehen seien, in dem erregten Lende vielleicht nicht so gearbeitet hätten, wie man es hätte wünschen dürfen. Warum solle man nicht Juristen und Techniker, des heißt Ingenieure, berufen, die die Lage prüfen und Vorschläge formulieren, wie der Friedensvertrag sie vorsehe? Tatsächlich seien da, wo die Bevölkerung sich als polnisch erwiesen habe, die Gebiete Polen benachbart und, wo die Bevölkerung sich für Deutschland ausgesprochen habe, Deutschland benachbart.

Was die wirtschaftlichen Fragen anbetreffe, so gebe es Sorgen, von denen man sprechen müsse, ohne die Empfindlichkeit der Polen zu verletzen. Das Industriegebiet arbeite für die ganze Welt. Aus diesem Grunde bestimme auch der Friedensvertrag, daß auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Rücksicht genommen werden müsse. In vielen Ländern, die Polen nicht ungünstig gesehen seien, wolle man verhindern, daß eine unerwünschte Leitung die reichen Industrien vernichte. Die industrielle Durchdringung sei so, daß diese Befürchtungen gerechtfertigt seien. Alle diese Fragen müßten in den Altien geregelt werden, die dem Obersten Rat vorgelegt würden, damit er seine Entscheidung treffen könne. Das sei auch die beste Bedingung für Polen, damit die Frage vernünftig und ohne Zweideutigkeit geregelt werde. Frankreich habe von der polnischen Regierung verlangt, daß die Bedingungen des Vertrages vervollständigt werden, damit, wenn Oberhalbstehen Deutschland genommen würde, man ihm nicht auch die Zahlungsmittel nehme, denn 15 Jahre hindurch müsse es sich an Materialien zu den heutigen Bedingungen beziehen können, und die Gebiete seien verpflichtet, an den Reparationsverpflichtungen Deutschlands solidarisch teilzunehmen. Er sei überzeugt, daß die polnische Regierung geneigt sei, diesen wirtschaftlichen Bedingungen Folge zu leisten. Nun verbleibe nur noch die Interpretierung der Abstimmungslisten nach Kommen, sowie eine geographische Gruppierung unter Berücksichtigung der Volkswirtschaft. Der französische Standpunkt sei, daß die reichste Minenebene Polen zugesprochen werde.

Abg. Klotz kritisiert die finanziellen Klauseln des Londoner Abkommens und greift die internationale Hochfinanz an. Er stelle fest, daß die Regierung wegen der Nichtbezahlung der 12 Milliarden Goldmark keine Sanktionen erlassen dürfe. Die Regierung habe sogar das getan, was sie nicht haben dürfe: sie habe diese Summe zur großen Schuld geschlagen. Das sei eine Abänderung des Friedensvertrages, die ohne Zustimmung des Parlaments die Staatsfinanzen beinträchtige. Warum habe man nicht die Sanktionen spielen

lassen? Hätte nicht die Reparationskommission den Weg gezeigt, den man hätte gehen müssen?

Briand erwiderte, in London sei nur ein politisches Abkommen getroffen worden. Das Abkommen entspreche den französischen Forderungen. Die Kammer müsse wählen zwischen der These des Abg. Klotz und der seinigen. Er halte die Entscheidung der Reparationskommission für gut und dem Wortlaut des Vertrages entsprechend.

Nach Schluß der Debatte werden 12 Tagesordnungen eingebracht. Briand nimmt die Tagesordnung Arago an, die besagt: Die Kammer vertraut darauf, daß die Regierung durch die streng kontrollierte Entwaffnung Deutschlands und die von Deutschland anerkannte restlose Bezahlung der Schuld das Recht Frankreichs durchsetzen wird und daß sie entsprechend ihren Erklärungen die unmittelbare Anwendung der Sanktionen verlangen wird, falls Deutschland gegen die von den Verbündeten unterzeichneten Verpflichtungen des Londoner Abkommens verstößt. Die Kammer vertraut weiter darauf, daß die Regierung in der oberhalbstehenden Frage die strikteste und loyalste Ausführung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages sichern wird.

Im Namen der Radikalen und radikalen Sozialisten erklärt Hériot, die Regierung habe nichts Wunderbares vollbracht; aber angesichts der großen Schwierigkeiten müsse man doch sagen, daß sie ein nützliches Werk geschaffen habe. Frankreich könne mutig in die Zukunft blicken.

Weber die beiden Teile der Tagesordnung Arago wird getrennt abgestimmt. Der erste Teil, der das von Deutschland angenommene Ultimatum von London als das Minimum der unerlässlichen Garantien für die Sicherung und die Wiederherstellung Frankreichs betrachtet, wird mit 403 gegen 163 Stimmen angenommen. Der zweite Teil der Tagesordnung, der der Regierung das Vertrauen ausspricht und ihr zur Durchführung der Entwaffnung und der vollständigen Bezahlung im Notfall das Recht zur sofortigen Anwendung der Sanktionen gibt, wird mit 390 gegen 162 Stimmen angenommen. Hiernauf wurde die Tagesordnung im ganzen mit 419 gegen 171 Stimmen angenommen.

### Briand für deutsche Mitarbeit am Wiederaufbau.

Paris, 25. Mai. Ministerpräsident Briand erklärte den Mitgliedern des Bureau des Aktionsausschusses für die zerstörten Gebiete, die sich für eine Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau aussprachen, er sei ohne Vorbehalt für die Verwendung deutscher Arbeitskräfte unter der Voraussetzung, daß es sich um getrennte Arbeiter handle und daß die Einwohnerhaft der fraglichen Gebiete damit einverstanden sei. Die deutsche Mitarbeit in natura, die unter der vorigen alldutschen Regierung nicht in Frage gekommen sei, scheine jetzt verwirklicht werden zu können. Er glaube tatsächlich an die Aufrichtigkeit der neuen deutschen Regierung, die anerkannt Anstrengungen mache, um ihre Verpflichtungen innehalten zu können. Briand sagte, er beste einem sofortigen Versuch der Verwendung deutscher Arbeitskräfte in der „roten Zone“ günstig gegenüber. Er schloß mit der Bemerkung, er wünsche mit dem Ausbruch in Fühlung zu bleiben und würde nichts unterlassen, ihm die Vorschläge der Regierung mitzuteilen.

### Generalfreist in Norwegen.

In Norwegen ist nach heute eingelaufener Meldung gestern ein Generalfreist ausgebrochen. Die Ursache dürfte in den in Norwegen besonders stark hervorgetretenen Bestrebungen des Unternehmertums, den Lohnabbau durchzusetzen, zu suchen sein. Es wird gemeldet:

Christiania, 26. Mai. Der große Streik ist heute nachmittags mit Arbeitsstillstand in Kraft getreten. Von den hiesigen Zeitungen werden morgen früh Tidens Teg und Morgenbladet erscheinen. Kistenposten hat heute abend eine Nummer gedruckt, die morgen früh ausgegeben wird. Darüber, wie es sich mit den anderen Blättern verhält, hat man noch keine Nachricht. Sozialdemokraten erscheint wie gewöhnlich.

Nach einer Meldung des Berliner Tageblattes werden vom Streik alle Arbeiter und Angestellten mit Ausnahme der Eisenbahner betroffen, im ganzen also rund 1 200 000 Mann. Die Regierung hat Vorkehrungen zur Verstärkung des militärischen Ordnungsdienstes getroffen. Abteilungen der Garde sind in selbstmarchmäßiger Ausrüstung bei Christiania untergebracht. An anderen Stellen sind Teile der Marine, der Maschinengewehrtruppen und der Kavallerie einberufen.

### Der Streik der englischen Bergarbeiter. Noch keine Aussicht auf Einigung.

London, 27. Mai. (Ill.) Im Unterhause sagte Chamberlain, daß noch immer keine Aussicht für eine Einigung zwischen den Bergarbeitern und den Besitzern vorhanden sei.

### Wiederaufnahme der Arbeit durch die Hasenarbeiter?

Den L. N. R. wird aus London gemeldet: In Glasgow haben die Hasenarbeiter beschloffen, ihren Streik einzustellen und fremde Einjuhren wieder zu behandeln. Im Liverpooler Hasen sind gestern 20 000 Tonnen Steinkohle aus Belgien, Deutschland und Amerika angekommen.

### Empörung über das Reichsgerichtsurteil.

London, 26. Mai. (Reuter.) Als der Attorney General heute nachmittags im Unterhause mitteilte, daß Heynen vom Reichsgericht in Leipzig zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, wurde diese Mitteilung von den Abgeordneten mit dem Rufe aufgenommen: „Das ist eine Schande!“ Unter allgemeinem Beifall fragte Sir Frederic Banbury: Wird dem Hause Gelegenheit gegeben werden, über die Unangemessenheit dieses Urteils zu verhandeln?

### Kriegsverbrecher.

Daß die Verhandlungen gegen die Kriegsverbrecher vor dem Reichsgericht mit der Aburteilung eines Unteroffiziers begonnen haben, dessen Roheiten und Grausamkeiten leider, zur Schande der Menschheit muß es gesagt werden, einen Fall darstellen, wie er diesseits und jenseits der Grenzen im Reiche des Militarismus hundertfach vorgekommen ist, das mutet fast wie eine Illustration zu dem bekannten Sprichwort an: „Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen.“ Schon einmal hatte man Anfaß, sich dieses Wortes zu erinnern, als dasselbe Reichsgericht drei arme Schächer verurteilte, die nicht auf der Liste der von der Entente Beschuldigten standen. Und wenn nun auch den Gemeinen und Unteroffizieren einige Offiziere auf der Anklagebank des höchsten Gerichts folgen werden — wie die Sprüche ausfallen, müssen wir noch abwarten —, so ist damit immer noch nicht die Forderung erfüllt, die wir von jeher erhoben haben, und die zu erfüllen die Ehrenpflicht des deutschen Volkes ist, zu der es sich nicht erst durch ein Gebot der Entente zwingen lassen dürfte, nämlich daß die Kriegsverbrecher abgeurteilt werden müssen.

Denn die Heynen und Müller usw. sind nicht die eigentlichen Kriegsverbrecher, so schändlich ihre Taten auch sind und so sehr man damit einverstanden sein wird, daß diese Schändlichkeiten, soweit das im menschlichen Können liegt, gesühnt werden. Die eigentlichen Kriegsverbrecher stehen viel höher. Das sind jene Leute, die den Krieg verschuldet und ihn schuldhaft verlängert haben und jene, die das scheußliche System geschaffen haben, als dessen Ausführer die Heynen, Müller usw. jetzt vor Gericht erscheinen. Jene, die die Befehle gaben, die sich in Faustschläge, Kolbenstöße und andre Mißhandlungen der Subalternen an Wehrlosen umsetzten.

Kriegsverbrecher, das sind vor allem jene Leute, von denen der österreichische Prinz Ludwig Windischgrätz in seinem Buch: „Vom roten zum schwarzen Prinzen“ folgendes erzählt: „Bethmann war am 30. Juli von der englischen Regierung gebeten worden, Greys Vorschlag (einer Vermittlung, Red. d. L. B.) dem Außenminister Oesterreich-Ungarns vorzulegen und für Mitberung des an Serbien gerichteten Ultimotums zu plädieren. Tschirchski, der deutsche Botschafter, und Berchtold waren von diesem Vorschlag nicht entzückt, sie wollten (Berchtold gestand es, nach der Niederlage noch, ruhig ein) lieber eine unbedingte Kapitulation erzwingen. Aber Greys Ersuchen konnte nicht so ohne weiteres abgewiesen werden. Berchtold fuhr also zum Kaiser. Der sagte: Ja, aber ich muß erst Tissa fragen. Der gab telefonisch seine Zustimmung und die Note ging am Abend nach Berlin. Dort war man aber inzwischen mit der Mobilisierung schon weit vorgeschritten. Die Verjöhnlichkeit Franz Josephs war nicht opportun. Man wollte in Berlin den Krieg und die Note wurde nicht an England weitergegeben.“ Diese Erzählung stützt sich auf das unansehnliche Zeugnis eines Mißshuldigen, des Grafen Feleurnahy erzählt hat, weil er in diesem Verfahren nichts Tadelswertes sieht. Hier haben wir die Leute, die in erster Linie vor die Schranken des Reichsgerichts gehörten. Und ihnen müßten sich jene anschließen, die die Deportationen aus Belgien und Nordfrankreich anordneten, die Deutschlands Namen vor der Welt mit Schande bedeckt haben, und jene, die die Verwüstung ganzer Landschaften anordneten, die Koffengruben sprengen ließen, ohne daß auch nur die berühmte „militärische Notwendigkeit“ ihnen die kleinste fragwürdige Deckung gewähren könnte.

Aber diese Leute werden wir schwerlich jemals vor einem Gericht als Angeklagte erscheinen sehen. Wenn sie auch zum Teil auf der Auslieferungsliste der Entente stehen — wir vermuten stark, daß es zu diesen Prozessen nicht kommen wird. Auch die Entente wird schließlich nicht abgeneigt sein, nach dem oben zitierten Sprichwort zu verfahren. Die Solidarität der Herrschenden wird sich auf die Dauer durchsetzen und man wird sich damit begnügen, dem Raschebedürfnis der Ententecöcker einige kleinere Sünder zu opfern. Es sollte uns wirklich wundern, wenn es anders käme. Die Auswahl der ersten 41 Fälle, die die Entente dem Reichsgericht überwiesen hat, spricht jedenfalls für diese unsre Anschauung.

Natürlich sind bei alledem die Heynen, Müller usw. mit gutem Zug und Recht auf die Anklagebank gesetzt worden. Auch ihre Taten müssen gestraft werden, wenn eine Reinigung der vergifteten Atmosphäre, die der Militarismus in der Kriegszeit geschaffen hat, angebahnt werden soll. Für die nationalitische Presse freilich ist der erste Verurteilte bereits ein Märtyrer. Einmal, weiß die englischen und französischen Heynen unbedrückt bleiben, und zweitens, weil das, was er getan hat, „ja gar nicht so schlimm ist“ nach den Begriffen des deutschen Militarismus. Der erste Einwand ist, was das Tatsächliche anbetrifft, richtig, und lieber ist die Gerechtigkeit nicht erfüllt, wenn die deutschen Gefangenen